



BESCHLUSSVORLAGE

Antragsteller/in

Drucksachen-Nr.: - AZ

Stv. SPD	1260/09 - I/450
----------	-----------------

Beratungsfolge

Gremium	Sitzungsdatum	Abstimmungsergebnis
Magistrat	16.03.2009	
Magistrat	30.03.2009	
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	30.03.2009	
Stadtverordnetenversammlung	21.04.2009	

Betreff:

Ausübung des Wahlrechts zum Europäischen Parlament durch Unionsbürger

Text:

Der Magistrat wird beauftragt, alle erforderlichen und geeigneten Mittel zu ergreifen, um Bürgerinnen und Bürger aus den Staaten der Europäischen Union (Unionsbürger) umfassend über die Möglichkeit der Ausübung ihres Wahlrechtes zum Europäischen Parlament **in der Bundesrepublik** zu informieren. Als geeignet werden insbesondere direkte Anschreiben an den betroffenen Personenkreis und in der jeweiligen Fremdsprache angesehen.

Wetzlar, den 10.03.2009

gez. Brigitte Droß

Begründung:

Am 7. Juni 2009 finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Bürgerinnen und Bürger aus den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben die Möglichkeit, sich zwischen der Stimmabgabe in ihrem Heimatland oder in der Bundesrepublik zu entscheiden. Entscheiden sie sich für eine Stimmabgabe in der Bundesrepublik Deutschland, müssen sich diese EU-Bürgerinnen und -Bürger bis zum 17. Mai 2009 in die Wählerverzeichnisse in der Bundesrepublik eintragen lassen. Dies erfolgt durch einen entsprechenden schriftlichen Antrag beim örtlich zuständigen Wahlleiter. Dieses vergleichsweise komplizierte Verfahren wird die Wahlbeteiligung beeinträchtigen.

Es liegt daher im Interesse einer hohen Wahlbeteiligung sowie im Interesse einer noch stärkeren Integration dieser Bürgerinnen und Bürger in das gesellschaftliche und politische Leben in der Bundesrepublik Deutschland, wenn diese aktiv und rechtzeitig auf ihr Wahlrecht in der Bundesrepublik hingewiesen werden.

Seitens des Bundesinnenministers wird den Landes- und Gemeindegewahlleitern eine Informationsbroschüre in den Sprachen der EU zur Verfügung gestellt. Diese Broschüre könnte mit einem Anschreiben den Bürgerinnen und Bürgern zugeschickt werden und damit einen Beitrag für eine breitere Verankerung der Europawahl gewährleisten.